

XXIV. GP.-NR

8077 /J

29. März 2011

ANFRAGE

der Abgeordneten Moser, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend ELAK - Stand und Kosten

Seit nunmehr 10 Jahren wird der elektronische Akt (ELAK) in Österreich eingeführt. Über Kosten und Nutzen gibt es nur unzureichende Informationen. Das Bundeskanzleramt hat zwar die Federführung beim Projekt ELAK, technisch, organisatorisch und budgetär liegt das Projekt aber bei den einzelnen Ministerien.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Personalkosten verursacht das Projekt ELAK innerhalb des BMJ?
2. Welche Beträge hat das Bundesrechenzentrum jährlich dem BMJ im Zusammenhang mit dem ELAK verrechnet (jährliche Kosten seit dem Jahr 2000)?
3. Was wurde jährlich vom BMJ im Zusammenhang mit dem Projekt ELAK an andere externe Dienstleister gezahlt (jährliche Kosten seit dem Jahr 2000)?
4. Welche Lizenzkosten fallen innerhalb des BMJ für die Verwendung des ELAK an?
5. Welche EDV-Betreuungskosten werden innerhalb des BMJ dem ELAK zugerechnet?
6. Inwieweit ist das Projekt ELAK abgeschlossen, welche weiteren Schritte sind für dieses und das nächste Jahre geplant?
7. Wie viele Bedienstete im BMJ arbeiten derzeit mit dem ELAK und welchen Prozentsatz an der Gesamtzahl stellt das dar?
8. Ist an eine Ausweitung dieser Zahl gedacht, und wenn ja, warum wurde dieser Personenkreis bisher nicht einbezogen?
9. Gibt es Berechnungen darüber, ob und welche Einsparungen durch Einführung des ELAK erzielt wurden?

